

Priller, Eckhard

Book Part — Digitized Version

Zur sozialökonomischen Situation in den neuen Bundesländern

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Priller, Eckhard (1991) : Zur sozialökonomischen Situation in den neuen Bundesländern, In: Polizei-Führungsakademie (Münster) (Ed.): Thema heute: Transformation: zur Entwicklung in den neuen Bundesländern, ISBN 3-7950-0107-2, Schmidt-Römhild, Lübeck, pp. 12-27

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112071>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

*Dr. Eckhard Priller
Institut für Soziologie und
Sozialpolitik, Berlin*

Zur sozialökonomischen Situation in den neuen Bundesländern

Mit der staatsrechtlichen Vereinigung vom 3. Oktober ist die ökonomische, soziale und kulturelle Einheit zwischen Ost und West nicht hergestellt. Um sie zu erreichen, bedarf es sicher eines längeren Zeitraums und dieses Ziel stellt sich als ein Prozeß mit vorhersehbaren und vielfach auch nicht erwarteten Problemen und Schwierigkeiten dar. Die vierzigjährige Trennung Deutschlands in zwei Staaten mit unterschiedlichen Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftssystemen führte bekanntlich nicht nur zu einer Kluft auf wirtschaftlichem Gebiet sondern hat sozialökonomische Strukturen und Verhältnisse geschaffen, die sich in wesentlichen Positionen unterscheiden und unter den gegenwärtigen im Großen und Ganzen einheitlichen marktwirtschaftlichen, rechtsstaatlichen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen völlig unterschiedliche Ausgangspositionen haben. Der damit verbundene radikale Umbruch der Gesellschaft in der ehemaligen DDR führte bekanntlich zu Veränderungen in allen Bereichen der Gesellschaft – dieser Prozeß ist bei weitem noch nicht abgeschlossen. Da die Einheit Deutschlands erst dann verwirklicht sein wird, wenn vergleichbare Lebensverhältnisse im gesamten Land bestehen, sind Betrachtungen der Lebensbedingungen und der Lebensqualität der neuen Bundesbürger von besonderem Interesse.

Im folgenden Beitrag werden Analyseergebnisse vorgestellt, die einen aktuellen Überblick zu wichtigen Bereichen der sozialökonomischen Situation in der ehemaligen DDR vermitteln und sich dabei auf jüngste Forschungsergebnisse verschiedener empirischer Untersuchungen und Daten der amtlichen Statistik stützen. Eine entsprechende Betrachtung hat folgende Perspektiven zu berücksichtigen:

1. Die Darstellung der sozialökonomischen Situation in Ostdeutschland provoziert stets den Vergleich zu den alten Bundesländern, denn dadurch

zeigt sich, daß die nun vereinten Deutschen, die jahrzehntlang in grundverschiedenen Systemen lebten, sich in vieler Hinsicht unterscheiden. Die Gesellschaft im Beitrittsgebiet erweist sich nicht nur in den Lebensbedingungen anders, sondern sie ist es auch vielfach in den Lebensstilen, den Einstellungen, der Mentalität und den Verhaltensweisen der Menschen.

2. Verschlechterungen in Bereichen der sozialen Lage, wie sie bedingt durch die kritische wirtschaftliche Situation erwartet wurden, sind bisher – sicher auch durch Maßgaben aus politischen Beweggründen – nicht oder nur partiell eingetreten. Die bisher noch umfangreichen Subventionen für Mieten, Energiekosten und Verkehrstarife werden erst ab 1991 abgebaut. Hinzu kommen Veränderungen im Gesundheitswesen, der schulischen Bildung und anderen kostenwirksamen Bereichen. Dem gegenüber stehen grundlegende Verbesserungen in der Versorgung mit Waren und Dienstleistungen, der Reisefreiheit oder den Möglichkeiten der politischen Betätigung. Für die Betrachtung der sozialökonomischen Situation sind natürlich jene Bereiche von besonderem Interesse, die sich gegenwärtig als Problemlagen erweisen. Das betrifft vor allem die Lage auf dem Arbeitsmarkt und die Einkommenssituation.

3. Die Darstellung der sozialökonomischen Situation in den neuen Bundesländern darf nicht auf eine Berücksichtigung der in den letzten vierzig Jahren historisch entstandenen Strukturen und Verhältnissen verzichten. Dies ist ein ständig in Betracht zu ziehender Faktor und bestimmt gegenwärtig und in der nächsten Zukunft die weiteren Entwicklungen mit; bestehende oder entstehende Probleme lassen sich oft nur unter Einbeziehung dieser „Vergangenheit“ erklären oder lösen. Außerdem werden von den neuen Bundesbürgern alle bei ihnen eintretenden Veränderungen und Entwicklungen an den Zuständen zu Zeiten der DDR gemessen.

Die folgenden Betrachtungen konzentrieren sich auf einige wichtige Bereiche der gegenwärtigen sozialökonomischen Situation.

Subjektives Wohlbefinden

Für die Darstellung der sozialen Lage sind neben den harten, objektiven Fakten jene Informationen besonders bedeutsam, die beschreiben, wie die Bürger in der ehemaligen DDR ihre Lebensbedingungen bewerten, welche Prioritäten sie einzelnen Lebensbereichen zuweisen, welche Ansprüche, Sorgen und Probleme sie haben. Die zahlreichen und umfang-

reichen Befragungen des letzten Jahres vermitteln ein entsprechendes Bild.

Die in diesem Beitrag verwendeten Daten basieren vor allem auf Angaben des Sozio-ökonomischen Panels. Mit dieser Untersuchung hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW) seit 1984 systematisch Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und in anderen sozialen Bereichen in der Bundesrepublik analysiert. Das Sozio-ökonomische Panel ist eine Wiederholungsbefragung, die in den alten Bundesländern rund 10 000 Personen in 4500 Haushalten berücksichtigt. Mit der Ausdehnung der Untersuchung auf die ehemalige DDR (SOEP-Ost) wurde mit der Erhebung im Juni 1990 begonnen. Dabei konnten fast 4 500 Personen in 2200 Privathaushalten in der DDR befragt werden.

Die Gesellschaft der früheren DDR hatte, gemessen an der individuellen Wohlfahrt, eine deutlich andere Wohlfahrtsstruktur als die der Bundesrepublik. Dies zeigen Ergebnisse der Zufriedenheitsbewertung, bei denen die Werte von Fragen nach der Zufriedenheit bei den Bürgern in den alten und neuen Bundesländern verglichen werden.

Bereits aus den Antworten auf die Frage nach der allgemeinen Lebenszufriedenheit, die als globaler Ausdruck individuellen Wohlbefindens zu verstehen ist, erreichten die Bürger der DDR ein Niveau, das weit unter dem in der Bundesrepublik liegt und im Westen nur bei solchen Problemgruppen wie Arbeitslosen, alleinlebenden, einsamen Älteren oder dauerhaft gesundheitlich Beeinträchtigten erreicht wurde.

Die Zufriedenheitswerte in einzelnen Lebensbereichen liegen weit unter dem westlichen Niveau. Das betrifft vor allem solche materiellen Lebensbereiche wie das Einkommen, den Lebensstandard, die Wohnung und Wohngegend, bei denen die größten Differenzen bestehen. Geringer sind die Unterschiede in der Zufriedenheit mit der Arbeit, der eigenen Gesundheit und dem Zustand der Umwelt bzw. dem Umweltschutz. Bei der Betrachtung von Unterschieden nach Altersgruppen hebt sich besonders die junge Generation als jene mit der größten Unzufriedenheit hervor. Bei den Jüngeren (unter 30 Jahre) ist die Zufriedenheit mit den Bereichen Einkommen und der Wohnung am geringsten. Die Älteren (65 und älter) haben zwar insgesamt ein höheres Zufriedenheitsniveau, unterscheiden sich durch ein deutlich niedrigeres Zufriedenheitsniveau beim Einkommen und der Gesundheit gegenüber den mittleren Altersgruppen.

Insgesamt zeigt der Vergleich der Zufriedenheitswerte bei allen Unterschieden des Niveaus zwischen Ost und West ein überraschend ähnliches Grundmuster. Eine solche Übereinstimmung besteht ebenfalls bei der Einschätzung der Wichtigkeit von Lebensbereichen. Auch in der ehemaligen DDR haben die privaten Lebensbereiche den höchsten Stellenwert. Die Bereiche Gesundheit und Familie werden von 91 Prozent bzw. 82 Prozent als sehr wichtig angesehen. Eine mittleren Position nimmt der Freizeitbereich mit 36 Prozent ein. Am unteren Ende stehen der berufliche Erfolg mit 29 Prozent und die Möglichkeit zur Einflußnahme auf politische Entscheidungen.

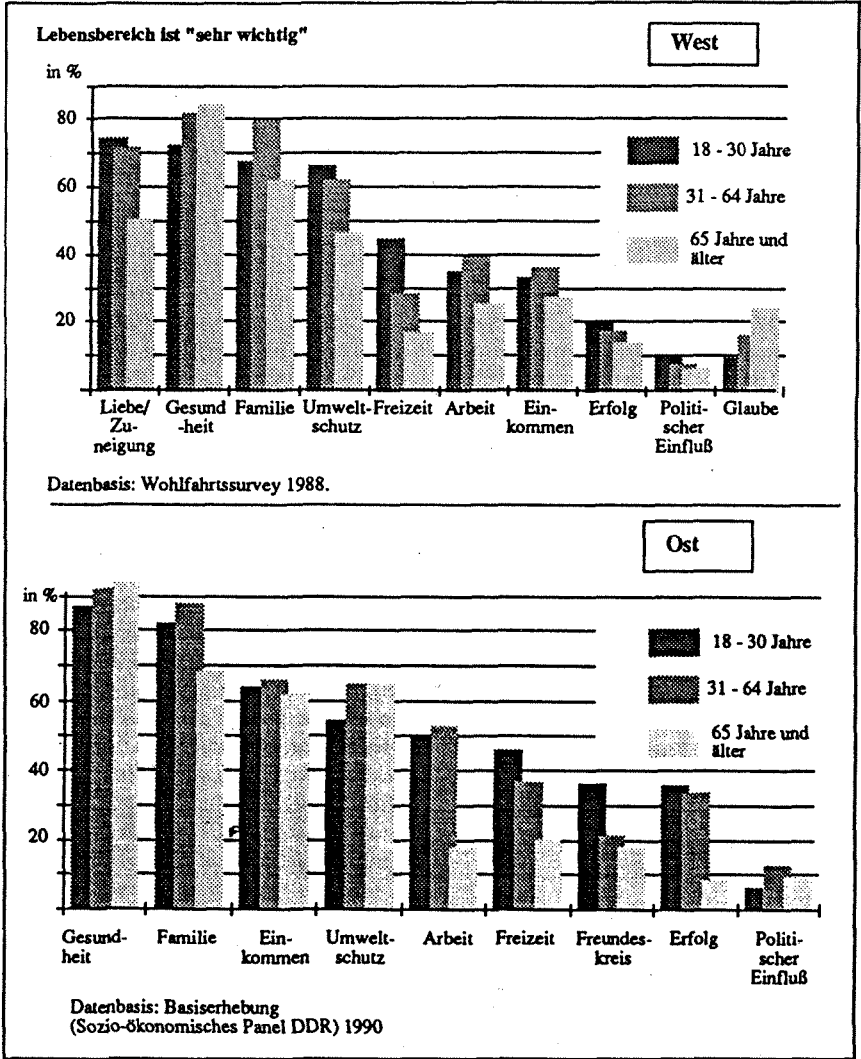
Neben den ähnlichen Grundmustern zwischen alten und neuen Bundesbürgern fallen wichtige Unterschiede auf. Während zwei Drittel der ehemaligen DDR-Bürger das Einkommen als sehr wichtig einstufen, liegt der entsprechende Anteil im Westen lediglich bei einem Drittel. Einen höheren Stellenwert hat in der früheren DDR zugleich der Lebensbereich Arbeit. Mehr als die Hälfte aller Erwerbstätigen halten ihn für sehr wichtig, zwischen Frauen und Männern bestehen dabei nur geringfügige Unterschiede.

Trotz der Schwierigkeiten und der damit für den einzelnen verbundenen Unsicherheiten und Ängste, die den Weg der DDR in die Marktwirtschaft begleiten, herrscht in der Bevölkerung Ostdeutschlands keine resignative Grundstimmung vor. Im Gegenteil zeigt die Beantwortung der Frage, wie die Lebenszufriedenheit in fünf Jahren sein wird, daß generell eine Verbesserung erwartet wird. Mehr als 60 Prozent der Befragten stimmt der Aussage zu, daß man eigentlich sehr zuversichtlich ist, wenn man an die Zukunft denkt. Diese optimistische Grundstimmung trifft generell für alle Bevölkerungsschichten zu. Wie andere Untersuchungen zeigen, hielt die optimistische Grundeinstellung das ganze Jahr 1990 über an.

Gleichzeitig, und das reflektiert andererseits die gegenwärtige innere Zerrissenheit und Orientierungslosigkeit der früheren DDR-Bürger, bestehen nicht unbeträchtliche Befürchtungen und Sorgen. Der Aussage „Die Verhältnisse sind so kompliziert geworden, daß ich mich fast nicht mehr zurecht finde“ stimmen beispielsweise drei von zehn Befragten zu – in der alten Bundesrepublik ist es einer von zehn Befragten.

Die Ergebnisse des Sozio-ökonomischen Panels-Ost vom Juni 1990 weisen gleichzeitig auf das Ausmaß der Sorgen in einigen wichtigen Bereichen hin.

Wichtigkeit von Lebensbereichen in verschiedenen Altersgruppen in der Bundesrepublik und der DDR



*Anteil der Befragten, die große bzw. einige Sorgen zu ausgewählten Bereichen haben
(SOEP-Ost 1990) – Angaben in Prozent der Befragten*

Umweltschutz	97%
Möglichkeiten der Kinderbetreuung	93%
wirtschaftliche Entwicklung	90%
Sicherheit ihres Arbeitsplatzes	87%
eigene wirtschaftliche Situation	86%
Erhaltung des Friedens	82%
Zurechtfinden mit neuen Bedingungen	63%
Verlust bisheriger Nutzungs- und Vermögensrechte	47%

Erhebungen des Instituts für Marktforschung und des Zentralinstituts für Jugendforschung, Leipzig, in der zweiten Jahreshälfte 1990 deuten darauf hin, daß die Sorgen um den Arbeitsplatz weiter angewachsen sind. Ein Großteil der Befragten hat diesen Untersuchungen zu Folge Befürchtungen in bezug auf Zunahme von Gewalt und Kriminalität, Zunahme von Aggressivität, Preisentwicklung bei Mieten und Energie, Tarifentwicklungen bei Dienstleistungen und Kenntnis neuer gesetzlicher Bestimmungen.

Demographische Tendenzen

Demographische Daten sind wichtige Indikatoren für Veränderungsprozesse in der Gesellschaft. Sie können vielfältige Prozesse, angefangen von der ökonomischen Situation bis hin zu Lebenswerten und Lebenseinstellungen, reflektieren. In dieser Hinsicht weisen sie auch recht deutlich auf Problemlagen der Gesellschaft in den ostdeutschen Ländern hin.

Die Bevölkerungszahl der ehemaligen DDR ist seit 1950 um 2,3 Millionen Personen gesunken. Der Bevölkerungsrückgang resultiert vor allem aus der Übersiedler- und Fluchtwelle, die bis 1961 und 1989/90 besondere Höhepunkte hatte. Die Abwanderung hat 1990 unvermindert angehalten und entspricht zahlenmäßig der von 1989. Da erneut über 330 000 Personen den Osten verlassen haben und der größte Teil in den Westen Deutschlands übergesiedelt ist, leben gegenwärtig im Anschlußgebiet 16 Millionen Menschen.

Für die Übersiedlung in das alte Bundesgebiet, bis zum 30.9.1990 waren es 252 187 Personen im letzten Jahr, sind vor allem die ökonomische Situation, das höhere Lohn- und Lebensniveau im Westen die entscheidenden Gründe. Ein durchschnittlicher Nettolohn, der noch immer unter der Hälfte dessen liegt, was im Westen gezahlt wird, die Ankündigung von höheren Aufwendungen für Mieten, Energie und Verkehrstarifen sowie der Arbeitsplatzverlust oder sein wahrscheinlicher Verlust und die fehlende Perspektive, in ein neues Arbeitsverhältnis eintreten zu können, einerseits sowie andererseits real vorhandene Chancen, auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt unterzukommen und von dem insgesamt besseren Lebensverhältnissen partizipieren zu können, haben den Abwanderungsstrom nicht abreißen lassen. Allerdings hat sich die Zahl der Wegzüge gegen Ende des Jahres verringert und lag monatlich nur noch zwischen 12 000 bis 15 000 Personen.

Konstatiert werden muß vor allem die Abwanderung junger, leistungsfähiger Menschen, die das vierzigste Lebensjahr noch nicht überschritten haben und über eine abgeschlossene berufliche Bildung verfügen. Die Abwanderung von qualifiziertem Personal, einem der wenigen positiven Ausgangsbedingungen für einen möglichen wirtschaftlichen Aufschwung in den neuen Bundesländern, kann auf diese Weise zumindest partiell verloren gehen.

Die Wanderungsbewegung wird andererseits zu einem forcierten Ausgleich von demographischen Faktoren (Altersstruktur, Geburtenrate) beitragen. Zwar bestanden hinsichtlich einiger demographischer Tendenzen

zen wie der sinkenden Geburtenrate, der geringer werdenden Haushaltsgröße, dem Anstieg der Einpersonenhaushalte, einer wachsenden Scheidungsquote oder der zunehmenden Alterung der Gesellschaft bereits vor 1989 Ähnlichkeiten, jedoch bei gleichzeitig beträchtlichen Niveauunterschieden.

Ausgewählte demographische Merkmale in der Bundesrepublik und der DDR 1989

	Bundesrepublik	DDR
Eheschließungen je 1000 Einwohner	6,4	7,9
Durchschnittliches Heiratsalter		
Männer	30,8 (1988)	29,2
Frauen	27,1 (1988)	26,5
Ehescheidungen je 1000 Einwohner	2,1 (1988)	3,0
Scheidungen pro 10 000 bestehender Ehen	88,0	121,0
Einpersonenhaushalte in Prozent (1988)	35,0	25,0
Lebenserwartung (1986/87)		
Männer	72,1	69,7
Frauen	78,7	75,7
Ausländeranteil	7,0	1,0

Die gegenwärtig demographische Situation ist nicht nur durch eine sinkende Bevölkerungszahl auf etwa 97,7 % gegenüber 1989 durch Abwanderungen gekennzeichnet. Gleichzeitig ist ein Rückgang der Geburten um 10 bis 12 Prozent 1990 eingetreten. Während im Oktober 1989 auf 1000 Einwohner 11,3 Neugeborene kamen, betrug die Geburtenrate im gleichen Monat 1990 nur noch 9,7. Durch die verstärkte Abwanderung junger Menschen nimmt gleichzeitig der Anteil der älteren Bevölkerung verstärkt zu.

Erwerbsbeteiligung und Arbeitsmarkt

Die Sicherung des Arbeitsplatzes und Vollbeschäftigung wurden in der ehemaligen DDR als wesentliches Merkmal sozialer Sicherheit verstanden. Unter planwirtschaftlichen Bedingungen war die Vollbeschäftigung auch nie ein ernsthaftes beschäftigungspolitisches Problem. Der Preis der Vollbeschäftigung war allerdings hoch – ein Produktionsniveau, das weniger als die Hälfte der Produktivität westlicher Betriebe erreichte, ein

niedriges Realeinkommen der Bevölkerung, fehlende Mittel für Investitionen in der Wirtschaft und in der Infrastruktur.

Die Vollbeschäftigung ging einher mit einer verdeckten Arbeitslosigkeit, die heute auf etwa 15 Prozent der Gesamtbeschäftigten geschätzt wird und 1,4 Millionen Beschäftigten entspricht. Eine Reihe der gegenwärtigen Probleme des ostdeutschen Arbeitsmarktes ist in diesem Zusammenhang als Resultat bisheriger planwirtschaftlicher Praxis zu verstehen. Da individuellem Handlungsspielraum und Flexibilität, wie sie unter marktwirtschaftlichen Bedingungen gefragt sind, wenig Raum gelassen wurde, sind Eigenschaften und Fähigkeiten in dieser Hinsicht zu einem großen Teil bei den Erwerbstätigen nicht vorhanden und müssen erst erworben werden.

Dem Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes standen die staatliche Lenkung des Arbeitskräfteeinsatzes entgegen. Das Angebot an Arbeit wurde indirekt über die Beeinflussung der Berufswahl gesteuert. Durch eine detaillierte Planung von Bildung und Ausbildung wurde zwar ein hohes Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte in der DDR erreicht, gleichzeitig gab es ständig Probleme mit deren qualifikationsgerechtem Einsatz. Grundsätzlich wurde bislang von der Pflicht aller arbeitsfähiger Bürger ausgegangen, einer geregelten Arbeit nachzugehen. Die hohe Erwerbsbeteiligung in der ehemaligen DDR wurde dabei de facto durch den wirtschaftlichen Zwang zur Sicherung des Lebensunterhalts erreicht. Durch die Erwerbsbeteiligung war in der Regel kein hohes, aber ein regelmäßiges Einkommen gesichert, mit dem man sich einrichten mußte. Der Verlust dieser Faktoren der Berechenbarkeit und Regelmäßigkeit macht den Menschen in den gegenwärtigen Zeiten der wirtschaftlichen Unsicherheit besonders zu schaffen.

Von 100 Personen im arbeitsfähigen Alter weist die Statistik 1989 fast 84 Personen als erwerbstätig aus. Bei den Anteilen an der Erwerbstätigkeit bestand zwischen Frauen und Männern praktisch kein Unterschied. Das Mitverdienen der Ehefrau gehörte und gehört auch gegenwärtig zur Selbstverständlichkeit und war aufgrund des niedrigen Lohnniveaus zweifellos ein notwendiges Erfordernis, um einen akzeptablen Lebensstandard zu erreichen. Gleichzeitig sind das Vorhandensein einer abgeschlossenen Berufsausbildung auch bei den Frauen, die Bereitschaft zur Erwerbstätigkeit und die vorhandenen Einrichtungen zur Kinderbetreuung wichtige Faktoren für die berufliche Tätigkeit der Frauen.

Nach den Ergebnissen des Sozio-ökonomischen Panels ergeben sich bei der Frauenerwerbstätigkeit insbesondere auch für den Vergleich zwischen der DDR und der Bundesrepublik folgende ausdrucksvolle Daten:

- Von 100 Ehefrauen in Familien mit einem Kind sind in Ostdeutschland 94 erwerbstätig. In der alten Bundesrepublik sind es mit 47 gerade die Hälfte.
- In Familien mit mehreren Kindern ist bei wachsender Kinderzahl die Erwerbstätigkeit der Ehefrauen in Ost und West zwar abnehmend, der Unterschied hinsichtlich des Anteils Erwerbstätiger Frauen in den neuen Bundesländern zu dem der alten Bundesländer jedoch noch krasser.
 In Familien mit 2 Kindern beträgt die Erwerbsbeteiligung der Ehefrauen in der DDR immerhin noch 91 Prozent, bei 3 und mehr Kindern 83 Prozent – im Vergleich dazu lagen diese Werte in der alten Bundesrepublik bei 40 bzw. 35 Prozent.
- Generell höher ist auch die Erwerbsbeteiligung der Alleinerziehenden in den neuen Bundesländern, da sie faktisch aus Gründen ihrer Existenzsicherung auf das Arbeitseinkommen angewiesen sind.

Die Frauenerwerbsquote, die zu den höchsten der Welt zählt, geht einher mit einer hohen Vollerwerbstätigkeitsrate der Frauen. So werden nur 3 von 10 erwerbstätigen Frauen im Juni 1990 nach Daten des Sozio-ökonomischen Panels Ost teilzeitbeschäftigt. Das hohe Beschäftigungsniveau der Frauen ist nur durch entsprechende sozialpolitische Maßnahmen, vor allem in der Kinderbetreuung, möglich.

Von 1000 entsprechend ihres Alters jeweils für die Betreuung in Frage kommenden Kindern wurden 1989 802 in Kinderkrippen und 951 in Kindergärten versorgt. In den Klassenstufen 1 bis 4 besuchten 813 von 1000 Schülern den Schulhort und waren somit auch nachmittags versorgt. Die Aufwendungen für die Kinder in den Einrichtungen waren gering (täglich 1,30 – 1,60 Mark in Kinderkrippen oder Kindergärten). Durch den Wegfall staatlicher Subventionen für diesen Bereich erhöhten sich die Aufwendungen für die Eltern bereits im letzten Jahr, teilweise wird die Existenz der Einrichtungen aus Finanzierungsgründen in Frage gestellt.

Für die Frauenerwerbstätigkeit sind bei einem Zusammenbruch der Kinderbetreuungseinrichtungen einschneidende Konsequenzen zu erwarten.

Als ein weiterer spezifischer Faktor der Erwerbsbeteiligung ist der relativ hohe Grad der Einbeziehung von Rentnern in den Arbeitsprozeß herauszustellen. Noch fast jeder 11. Rentner war 1989 in der DDR erwerbstätig. Ursachen dafür sind vor allem im niedrigen Rentenniveau, im künstlich

erzeugten Bedarf an Arbeitskräften, aber auch im Wollen und in der Bereitschaft der Rentner zu sehen, weiter erwerbstätig zu sein.

Grundlegende Veränderungen in der Erwerbsbeteiligung traten in der ehemaligen DDR erst seit dem zweiten Halbjahr 1990 ein. Im Juli begann der rasche Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit. Auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt wurden bis Dezember 1990 insgesamt rund 1,5 Millionen Arbeitsplätze abgebaut. Die Zahl der Arbeitslosen stieg zum Jahresende auf 642 000, die Arbeitslosenquote in den neuen Bundesländern erreichte im Dezember 7,3 Prozent (Vormonat 6,7 Prozent).

Die Arbeitslosenquote gestaltet sich in den neuen Bundesländern unterschiedlich. Im November letzten Jahres erreichten Berlin (Ost) und Mecklenburg-Vorpommern mit 8,4 bzw. 8,2 Prozent Spitzenwerte. Brandenburg und Thüringen mit jeweils 6,8 Prozent und Sachsen-Anhalt folgten, während die Arbeitslosenquote in Sachsen mit 5,8 Prozent am geringsten war.

Nach dem dramatischen Anstieg der Kurzarbeit im Sommer 1990 (im Juli 656 000 Kurzarbeiter) ist diese im letzten Quartal nur noch um 125 000 angewachsen. Die Gesamtzahl der Kurzarbeiter lag damit bei 1,8 Millionen. Für 41 Prozent von ihnen war die Arbeitszeit im Dezember um mehr als die Hälfte eingeschränkt. In der Elektronik, im Maschinenbau, in den Bereichen Chemie und Kunststoff sowie in der Textil- und Bekleidungsindustrie sind die meisten Kurzarbeiter vorhanden. Während bei Männern stärker ein Übergang in Kurzarbeit zu verzeichnen war, wurden Frauen eher in die Arbeitslosigkeit geschickt (55 Prozent der Arbeitslosen im Dezember waren Frauen).

In den Vorruhestand, eine Regelung, die erst 1990 in der DDR eingeführt wurde, gingen ca. 300 000 Personen mehr oder weniger freiwillig.

Die veränderten Bedingungen des Arbeitsmarktes hatten damit in unterschiedlicher Form bisher Auswirkungen auf mehr als 2,7 Millionen Erwerbstätige. Fast jeder dritte Erwerbstätige war im letzten Jahr von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit oder Vorruhestand betroffen.

Durch rund 200 000 Pendler in das bisherige Bundesgebiet wird der ostdeutsche Arbeitsmarkt teilweise entlastet.

Das trifft ebenfalls für die ca. 300 000 neu angezeigten Gewerbe zu, die mit über 40 Prozent dem Bereich Handel und Gaststätten, zu etwa 12,5 Prozent dem Bereich Handwerk zugehören.

Einkommen

Der hohe Grad der Erwerbsbeteiligung weist auf den besonderen Stellenwert des Erwerbseinkommen als wichtigste Einkommensquelle hin. Das Durchschnittseinkommen aus abhängiger Beschäftigung hatte nach den Angaben des Sozio-ökonomischen Panels im Mai 1990 eine Höhe von fast 1 150 Mark. Gegenüber dem Vergleichsmonat des letzten Jahres (1989) stellt diese Summe eine Steigerung von 10 Prozent dar.

Erwerbseinkommen in der DDR im Mai 1989 und 1990 in Mark

	1989	1990	Veränderung in %
Durchschnittlicher Bruttolohn/-gehalt aus abhängiger Beschäftigung	1035	1142	10,3
Durchschnittlicher Nettolohn/-gehalt aus abhängiger Beschäftigung	858	948	10,5
darunter:			
Vollzeitbeschäftigung	1096	1216	10,9
Männer	1187	1312	10,5
Frauen	950	1076	13,3
Arbeiter	1027	1152	12,2
Angestellte	1203	1328	10,4
Landwirtschaft	928	996	7,3
ohne Berufsabschluß	756	857	13,4
Facharbeiterabschluß	982	1105	12,4
Fachschulabschluß	1243	1380	10,1
Hochschulabschluß	1533	1635	6,7
Teilzeitbeschäftigte Frauen	614	643	4,7

Quelle: Sozio-ökonomisches Panel Ost 1990

Betrachtet man die Verteilung der Erwerbseinkommen zeigen sich folgende Tendenzen:

- Die Einkommensverteilung unterliegt geschlechterspezifischen Unterschieden; Frauen verdienen in der DDR weniger als ihre männlichen Kollegen. Das trifft auch zu, wenn mögliche Differenzierungsfaktoren wie Teilzeitarbeit ausgeschlossen und relativ homogene Gruppen betrachtet werden.
- Nur geringe Unterschiede bestehen zwischen Arbeitern, Angestellten und Erwerbstätigen in der Landwirtschaft. Vorhandene Unterschiede der Bruttoeinkommen wurden durch eine unterschiedliche Lohnbe-

steuerung – Mitglieder Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften mußten keine, Arbeiter geringere Lohnsteuer zahlen – ausgeglichen.

- Die Höhe der Erwerbseinkommen gestaltete sich in Abhängigkeit vom Lebensalter des Erwerbstätigen unterschiedlich. Die Erwerbseinkommen der Jüngeren (bis 30 Jahre) und der Älteren (über 65 Jahre) sind am niedrigsten.
- Höhere allgemeinbildende und berufliche Qualifikationsabschlüsse sind mit höheren Erwerbseinkommen verbunden. Die Einkommensdifferenzen zwischen diesen einzelnen Gruppen gestalten sich unterschiedlich. Das Einkommen des Facharbeiters betrug gegenüber dem des Erwerbstätigen ohne Abschluß 134 Prozent, beim Meister bestand eine Differenz gegenüber dem Facharbeiter von 125 Prozent. Nicht wesentlich größer, und zwar 126 Prozent, war der Unterschied des Nettoarbeitsverdienstes zwischen Ingenieur bzw. Fachschulabsolvent und dem Facharbeiter. Die Differenz zwischen Hochschul- bzw. Universitätsabsolventen und dem Facharbeiter wurde immerhin mit 147 Prozent ausgewiesen. Allerdings reflektieren diese Durchschnittswerte nicht, das im konkreten Fall in einem Betrieb zwischen beruflichen Qualifikationsabschlüssen geringere Differenzen bestanden, der Meister oder der Ingenieur oft nur den gleichen oder geringeren Lohn als der Facharbeiter hatte.

Hinzu kommt, daß sich eine Reihe von Differenzierungen auf der Ebene der Haushaltseinkommen wieder ausgleichen.

Für DDR-Verhältnisse ist der hohe Anteil der Erwerbseinkommen am Haushaltseinkommen charakteristisch – 1989 umfaßte der Anteil über 66 Prozent und berührte fast alle Haushaltsgruppen. Bei den weiteren Einkommensbestandteilen nehmen Renten mit fast einem Viertel, übrige Transfers (z. B. Kindergeld, Unterhaltszahlungen) mit fast fünf Prozent und sonstige Einkommensquellen (z. B. Zinsen, Mieten, Pachten, Einkommen aus der individuellen Hauswirtschaft der Mitglieder landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften) mit etwas mehr als 4 Prozent niedrigere Werte ein wie diese Bestandteile am Haushaltseinkommen in der alten Bundesrepublik beteiligt sind.

Nach den Daten des Sozio-ökonomischen Panels Ost beträgt das durchschnittliche Haushaltseinkommen im Mai 1990 in der DDR mit rund 1 700 Mark nur etwa die Hälfte des Haushaltseinkommens in den alten Bundesländern. Eine differenzierte Betrachtung zeigt, daß über das Haushaltseinkommen eine gewisse Homogenität erreicht wurde. Fast die Hälfte der

Haushaltseinkommen weicht nicht mehr als 25 Prozent vom durchschnittlichen Haushaltseinkommen ab.

Bei den Haushaltseinkommen pro Kopf erreichen vor allem Rentnerhaushalte und alleinlebende Frauen unterdurchschnittliche Werte. Überdurchschnittlich sind die Haushaltseinkommen pro Kopf bei alleinlebenden Männern und Paaren ohne Kindern.

Zur weiteren Entwicklung der sozialökonomischen Situation in den neuen Bundesländern sollen folgende zusammenfassende Thesen aufgestellt werden:

1. Es kann eingeschätzt werden, daß es bisher keiner Bevölkerungsgruppe wirtschaftlich schlechter geht. Allerdings sind auch keine wesentlichen quantitativen Verbesserungen eingetreten. Bei einem Teil stehen wirtschaftliche Verschlechterungen in Aussicht (Arbeitslose, Erwerbstätige in der Landwirtschaft). Die Rentner sind durch eine entsprechende Rentenpolitik weitgehend abgesichert.
2. Soziale Differenzierungsprozesse größeren Ausmaßes, deren Richtung gegenwärtig noch schwerlich zu bestimmen ist, stehen bevor. Zu diesen Differenzierungen wird es unter anderem durch den verstärkten Abbau von Subventionen und den Niedergang ganzer Wirtschaftsbereiche kommen.
3. Die Erwerbstätigkeit besitzt für die weitere sozialökonomische Entwicklung in den ostdeutschen Ländern einen fundamentalen Stellenwert. Eine entsprechende Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wird wesentlich mit darüber entscheiden, welche Konfliktpotentiale in der Gesellschaft entstehen.
4. Der Übergang zur Marktwirtschaft verlangt das Erlernen neuer Fertigkeiten und Fähigkeiten. Qualifizierungen und Umschulungen werden in breitem Umfang erforderlich.

Kurzfassung

Die Gesellschaft in den ostdeutschen Bundesländern ist gegenwärtig noch in vielen Bereichen anders als die der alten Bundesrepublik. Das trifft nicht nur für die materiellen Lebensbedingungen zu sondern auch für die Einschätzung zur Bedeutsamkeit von Lebensbereichen, von Zufrieden- und Unzufriedenheiten, den Sorgen und Erwartungen künftiger Entwicklung.

Bei den künftigen Veränderungen sind die historisch gewachsenen Strukturen und Verhältnisse zu berücksichtigen.

Die demographischen Prozesse der neuen Bundesländer sind 1990 durch ein Anhalten der Übersiedlerwelle in den Westen gekennzeichnet.

Durch die hohe Erwerbsbeteiligung (Frauenerwerbsquote von über 80 %) und den hohen Stellenwert des Erwerbseinkommens im Einkommensgefüge kann die gegenwärtige Situation auf dem Arbeitsmarkt (über 600 000 Arbeitslose, 1,8 Millionen Kurzarbeiter) bei einem Wirksamwerden des Subventionsabbaus für Mieten und Tarifen zu einem sozialen Konfliktfeld werden.

Suchbegriffe: Neue Bundesländer, sozialökonomische Situation; subjektives Wohlbefinden; demographische Tendenzen; Erwerbsbeteiligung; Arbeitsmarkt; Einkommen.

On the socio-economical situation in the new Federal Länder

Society in the Federal Länder having recently joined the Federal Republic of Germany is currently still in many respects a very different one compared to former West-Germany. This is true not only for the necessities of life, but also for peoples' feelings and estimations of life, of their satisfaction and dissatisfaction, of their sorrows and hopes for the future.

With a view to all the changings to come in the future, historical structures and conditions must not be forgotten. In 1990, the demographic process in the new Federal Länder was ever characterized by a high proportion of inhabitants leaving home and moving westwards. In view of a high productive activity (a female quota of more than 80 %) and of the importance of earned income in relation to the general income situation,

the current situation on the labour market (more than 600 000 jobless and 1.8 million short-time workers) may lead to social unrest, as soon as – in addition to that – house/flat rents and electricity and water rates will no longer be state-subsidized.

Remarques sur la situation socio-économique dans les Laender nouveaux

A présent, la société dans les Laender de l'Allemagne de l'Est se distingue dans beaucoup de domaines de celle de la République fédérale ancienne. Ceci est vrai non seulement des conditions de vie matérielles mais aussi des opinions relatives à l'importance des domaines de vie, aux contentements et aux mécontentements, aux soucis et aux attentes an ce qui concerne l'évolution future.

Lorsque l'on veut désormais procéder à des changements, il faut tenir compte des structures et des conditions entraînées par l'évolution historique.

En 1990, les processus démographiques dans les Laender nouveaux ont été marqués par le fait qu'il y avait toujours la vague de ceux qui ont quitté l'Est pour s'installer à l'Ouest. A cause de l'importance de la population active (quote-part des femmes plus de 80 %) et dû à la grande importance accordée aux salaires dans l'ensemble de la structure des revenus, la situation actuelle du marché de travail (plus de 600 000 chômeurs, 1,8 million de chômeurs partiels) pourra devenir un domaine de conflits sociaux quand la diminution des subventions pour les loyers et les tarifs entrera en vigueur.